

BERICHT DER BUNDES- GESCHÄFTSSTELLE

ANLAGE ZUM BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

**20.
Bundesparteitag
Wiesbaden 1972
9. - 11. Oktober**

CDU

BERICHT DER BUNDES- GESCHÄFTSSTELLE

ANLAGE ZUM BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

**20.
Bundesparteitag
Wiesbaden 1972
9. - 11. Oktober**

Inhalt

Bericht der Bundesgeschäftsstelle	5
Bundesausschuß	7
Bundeschvorstand	8
Präsidium	9
Landesgeschäftsführerkonferenz	13
Organisationskommission Unterkommission I · Unterkommission II	14
Abteilung Werbung und Öffentlichkeitsarbeit Neue Werbelinie ● Thema des Monats ● Faltprospekte ● Antwortcoupon ● Aktionsvorschlagsdienste ● Auflagen ● Zentrales Versandzentrum der CDU ● Kostenbeteiligung ● Die Monatsaktionen: März 1972, Mai 1972, Juni 1972, Juli 1972, August 1972, September 1972, Sonderaktion September 1972 ● Mitgliederwerbung ● Handbuch der CDU ● Kleinwerbemittel- katalog ● Das Aktionspaket ● Materialversand auf Einzelanfrage ● Argumentationskarten	15
Abteilung Politik Bundesfachausschüsse ● Politische Informationen ● Hochschulbeauftragte ● Frauenreferat	20
Abteilung Information/Dokumentation Aktuelle Information ● Dokumentation/Archiv	30
Presseabteilung Sprecher der Partei ● Publikationen ● Hörfunk/Fernsehen	31
Abteilung Verwaltung	33
Abteilung Organisation Zentrale Mitgliederkartei	34
Mitgliederbewegung Bund Juli 1971 bis August 1972	37
Mitgliederzuwachs bei den Landesverbänden	37
Mitgliederbestand	38
Mitgliederbewegung 30. 9. 1966 bis 31. 8. 1972	39
Anzahl der ausgeschiedenen Mitglieder	40
Mitgliederwerbaktionen bei den Landesverbänden	41
Service der Zentralen Mitgliederkartei	42

Der hiermit vorgelegte Bericht der Bundesgeschäftsstelle ist geprägt von der politischen Entwicklung, die gerade in den letzten 12 Monaten erhöhte Anforderungen an die Zentrale der Bundespartei gestellt hat. Ging der letzte Bericht der Bundesgeschäftsstelle in seinen einleitenden Bemerkungen noch von einer kontinuierlichen Entwicklung der Bundesgeschäftsstelle im Hinblick auf einen Wahltermin im Herbst 1973 aus, so mußten durch die Vorbereitungen auf einen vorgezogenen Wahltermin die organisatorischen und finanziellen Bemühungen beschleunigt werden, um den Anforderungen eines vorverlegten Wahltermins Rechnung zu tragen.

In diesem Zusammenhang hat es sich als richtig erwiesen, möglichst schnell in das Konrad-Adenauer-Haus einzuziehen, obgleich nicht davon gesprochen werden kann, daß zum Zeitpunkt des Umzugs das Haus bereits voll funktionsfähig gewesen wäre. Inzwischen hat die Zusammenlegung der verschiedenen Abteilungen der Bundesgeschäftsstelle in ein zentrales Gebäude bereits vielfältige Vorteile im Bereich der Koordination und Arbeitsökonomie ergeben. Auch konnte die notwendige Erweiterung einiger Abteilungen erst nach dem Umzug bewerkstelligt werden.

Mit der steigenden Zahl der Besucher aus dem ganzen Land hat sich auch verdeutlicht, daß das Konrad-Adenauer-Haus zunehmend ein Identifikationspunkt für unsere Mitglieder mit ihrer Partei geworden ist. Wenn auch gerade in der Zeit der Wahlkampf vorbereitungen mit dieser Besuchersteigerung eine Reihe organisatorischer Probleme verbunden ist, so wird sich die Bundesgeschäftsstelle doch weiterhin um eine bestmögliche Betreuung der Gäste im Konrad-Adenauer-Haus bemühen.

Mit der Fertigstellung der Sitzungsräume ist das Konrad-Adenauer-Haus voll funktionsfähig geworden. Bisher haben in den Räumen über 180 Sitzungen stattgefunden. Der große Versammlungssaal steht unmittelbar vor der endgültigen Fertigstellung, so daß noch in diesem Jahr dort die ersten größeren Veranstaltungen stattfinden können.

Für die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle lag in der Erweiterung ihres Angebots im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ein besonderer Schwerpunkt. Nachdem im Berichtszeitraum zuvor die Öffentlichkeitsarbeit aus finanziellen Gründen stark eingeschränkt werden mußte, war die Verstärkung dieser Arbeit gerade in den letzten Monaten unumgänglich, um dem propagandistischen Überangebot der Regierungsparteien Wirkungsvolles entgegenzusetzen.

Ein äußerst erfreuliches Bild zeigt die Mitgliederbewegung im letzten Jahr. Der Netto-Zuwachs in der Zeit vom 1. 7. 1971 bis 30. 6. 1972 liegt bei über 10 Prozent, wobei die Entwicklungskurve weiter steil nach oben zeigt. Der Juni 1972 war mit einem Netto-Zuwachs von 5 619 Mitgliedern der erfolgreichste Monat für die CDU überhaupt, aber selbst im Ferienmonat August hat der bereinigte Mitglieder-Zuwachs 4 527 betragen. Bald wird die CDU das 400 000ste Mitglied in ihren Reihen grüßen können. Damit ist der Partei endgültig der Schritt von einer Wähler- zu einer Mitgliederpartei gelungen.

Im Berichtszeitraum sind auch energische Schritte unternommen worden, um die Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion besser zu koordinieren und zu verstärken. Erstmals wurde ein Arbeitsausschuß von Mitarbeitern der Fraktion und der Bundesgeschäftsstelle eingesetzt, der Vorschläge für die verbesserte Zusammenarbeit vor-

legen konnte, die einmütig gebilligt und vom gemeinsamen Vorsitzenden als verbindlich verkündet wurden.

Die intensivere Zusammenarbeit zeigt sich u. a. darin, daß für die Zeit der Wahlkampf vorbereitungen und des Wahlkampfes in der Bundesgeschäftsstelle Sachstäbe gebildet worden sind, in denen Mitarbeiter unserer Abteilung Politik und der Bundestagsfraktion zusammenarbeiten. Wenn dadurch auch sicherlich noch nicht alle Probleme gelöst werden konnten, so ist doch ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung unternommen worden.

Mit der vollen Unterstützung des Bundesgeschäftsführers haben sich die Bestrebungen konkretisiert, in der Bundesgeschäftsstelle einen Betriebsrat zu wählen. Am 17. August wurde mit einer sehr hohen Wahlbeteiligung der neue Betriebsrat gewählt, der inzwischen seine Arbeit aufgenommen hat. Durch diese Maßnahme wird sich die gute Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsführung und den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle weiter verbessern.

Zusammenfassend kann ein endgültiges Urteil über die Bewältigung der erhöhten Aufgaben, die auf die Bundesgeschäftsstelle in diesem Jahr zugekommen sind, erst nach Abschluß des Wahlkampfes gefällt werden. Als Zwischenurteil kann jedoch gesagt werden, daß die Bundesgeschäftsstelle ihrem Auftrag gerecht geworden ist. Dabei darf nicht vergessen werden, daß 1972 die komplizierteste politische Konstellation seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland vorhanden war. Noch niemals mußte die Bundesgeschäftsstelle einen Wahlkampf planen, in dem sich die CDU in der Rolle der Opposition befand und bei dem nicht einmal der Wahltermin feststand. Der volle Einsatz aller Mitarbeiter und die gute Zusammenarbeit mit allen Gliederungen der Partei bleiben die wichtigsten Voraussetzungen für den gemeinsamen Erfolg.

Der Bundesausschuß, der „kleine Parteitag“ der CDU, trat im Berichtszeitraum am 24. 1. 1972 und 12. 6. 1972 zusammen.

Auf seiner Sitzung am 24. 1. 1972 behandelte der Bundesausschuß ausführlich die Stellung der CDU zu den Ostverträgen und faßte hierzu einen Beschluß.

Die Sitzung am 12. 6. 1972 fand im Reichstag in Berlin statt. Der Bundesausschuß billigte die Politik des Parteivorsitzenden und dankte ihm für seine erfolgreichen Bemühungen, den Ostverträgen eine Interpretation zu geben, auf die sich die deutsche Politik jederzeit berufen kann. Der Bundesausschuß bekräftigte in einem Beschluß den Willen der Union, möglichst bald zu Neuwahlen zu kommen. Einstimmig beschloß der Bundesausschuß ferner, jedes Jahr einmal zu einer Sitzung in Berlin zusammenzutreten.

Bundesausschuß

Bundesvorstand

Der Bundesvorstand tagte im Berichtszeitraum achtmal.

Der neugewählte Bundesvorstand trat zu seiner konstituierenden Sitzung am 25. 10. 1971 in Bonn zusammen. Auf dieser Sitzung wurde u. a. die Einsetzung einer Grundsatzkommission unter Leitung von Dr. von Weizsäcker sowie die Gründung einer Organisationskommission unter Leitung von Generalsekretär Dr. Kraske beschlossen. Weiterhin erledigte der Bundesvorstand die ihm vom Parteitag überwiesenen Beschlüsse.

Am 9. 12. 1971 nominierte der Bundesvorstand den Parteivorsitzenden einstimmig zum Spitzenkandidaten der Union für die kommende Bundestagswahl. Der Bundesvorstand diskutierte ausführlich einen Bericht des Bundesschatzmeisters und faßte einen Beschluß zum Problem des § 218. Weiterhin wurde auf dieser Sitzung eine Medienkommission der Partei eingesetzt.

Am 24. 1. 1972 wurden aktuelle politische Fragen diskutiert, außerdem wurde dem Haushaltsplan der Bundespartei zugestimmt.

Die Sitzung des Bundesvorstandes am 13. 3. 1972 fand wegen der bevorstehenden Landtagswahl in Baden-Württemberg in Stuttgart statt. Der Bundesvorstand diskutierte ausführlich das Problem des Rechts- und Linksradikalismus. Er verabschiedete zwei Entschlüsse zur Frage des Radikalismus und zu wirtschafts- und finanzpolitischen Problemen.

Auf der Sitzung am 24. 4. 1972, also am Tag nach der für die CDU außerordentlich erfolgreichen Wahl in Baden-Württemberg, unterstützte der Bundesvorstand den Beschluß des Präsidiums, der Bundestagsfraktion die Einbringung eines konstruktiven Mißtrauensvotums zu empfehlen.

Ostpolitische Fragen standen im Mittelpunkt der Bundesvorstandssitzung am 15. 5. 1972. In einem Beschluß betonte der Bundesvorstand die Bedeutung der gemeinsamen Bundestagsentschließung zu den Ostverträgen. Er unterstützte die Politik des Parteivorsitzenden und brachte seinen Dank dafür zum Ausdruck. Diese Bundesvorstandssitzung war die erste, die im Konrad-Adenauer-Haus stattfand.

Auf der Sitzung am 21. 8. 1972 standen neben aktuellen politischen Fragen die Wahlkampf vorbereitungen der Bundespartei im Mittelpunkt. Der Generalsekretär legte dem Bundesvorstand ausführlich die Grundzüge der geplanten Wahlkampagne vor, die vom Bundesvorstand einstimmig gebilligt wurden.

Sitzung 25. 9.

Die politische Lage nach der Auflösung des Bundestages, die Vorbereitung des Bundesparteitages und die Beratung der Wahlkampfmaßnahmen waren die Themen am 25. 9. An dieser Sitzung nahmen auch die Landesvorsitzenden teil.

Im Berichtszeitraum hielt das Präsidium der CDU insgesamt 45 Sitzungen ab. Wegen der Vielzahl der Termine kann hier nur in Stichworten über die einzelnen Sitzungen berichtet werden:

11. 10. 1971

Unter der Leitung des Parteivorsitzenden Dr. Rainer Barzel konstituierte sich das auf dem Saarbrücker Parteitag neugewählte Präsidium der CDU.

Themen: Landtagswahl in Bremen
Berlin-Junktiv der Sowjetunion

18. 10. 1971

Vorbereitung der konstituierenden Sitzung des neuen Bundesvorstandes und der ihm vom Bundesparteitag in Saarbrücken zur weiteren Behandlung überwiesenen Anträge (u. a. Begründung einer Kommission für Massenmedien, Probleme der Öffentlichkeitsarbeit, Errichtung eines Beirates beim Bundesschatzmeister, Einsetzung einer Grundsatzkommission). Bestellung des neuen Bundesgeschäftsführers der CDU, Otfried Hennig, zum 1. 1. 1972.

25. 10. 1971

Themen: Betriebsverfassungsgesetz
Aufgabenverteilung im Präsidium

8. 11. 1971

mit engerem Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Themen: Betriebsverfassungsgesetz
Bundesverfassungsgericht
Steueraufteilung zwischen Bund und Ländern
Auslandsarbeit der CDU

15. 11. 1971

Themen: Betriebsverfassungsgesetz
Bundesverfassungsgericht
Empfehlung des Bundesausschusses für Sozialpolitik
zur Neuregelung des Familienlastenausgleichs

22. 11. 1971

Politische Generalausprache unter Berücksichtigung des Sonderparteitages der SPD vom 18. – 20. 11. in Bad Godesberg.

29. 11. 1971

Thema: Berlin-Verhandlungen/Ostverträge

29. 11. 1971

Gemeinsame Sitzung der CDU- und CSU-Kommissionen: Formulierung des Sachprogramms für die gemeinsame Arbeit.

6. 12. 1971

Klausurtagung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin.

16. 12. 1971

mit engerem Vorstand und Ostkommission der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Bericht des Parteivorsitzenden über seine Moskareise.

17. 1. 1972

Der Bericht von Generalsekretär Dr. Kraske zur Parteiarbeit im Jahr 1972 wird vom Präsidium einstimmig gebilligt.

Weitere Themen: Wirtschaftspolitik
Innere Sicherheit
Ostverträge
Vorbereitung des Bundeswahlkampfes 1973
Bundeswahlgesetz

24. 1. 1972

Thema: Gesellschaftspolitische Initiativen der CDU/CSU.

31. 1. 1972

Themen: Ostverträge

Stellungnahme des Bundesrates zum Hochschulrahmen-
und Richtergesetz

Steuerpolitik

Radikale im Öffentlichen Dienst

Betriebsratswahlen

Medienpolitik

21. 2. 1972

Generalsekretär Dr. Kraske berichtet dem Präsidium über die inzwischen in Angriff genommenen Maßnahmen im Rahmen der Jahresplanung.

Weitere Themen: Ost/Fernostpolitik

21. 2. 1972

mit Landesvorsitzenden, Bundesvorsitzenden und Geschäftsführern der Vereinigungen und Landesgeschäftsführern

Themen: Innen- und Außenpolitik

Innere Sicherheit

Steuerreform

Hochschulrahmengesetz

Organisatorische Fragen

28. 2. 1972

Themen: Steuerreform

Hochschulrahmengesetz

6. 3. 1972

Themen: Ostverträge

Neuwahlen

Radikalismus

6. 3. 1972

mit Geschäftsführendem Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Gedankenaustausch über Fragen der Vermögensbildung, der Mitbestimmung und der allgemeinen gesellschaftspolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sowie Betriebsratswahlen.

13. 3. 1972

Erklärung zur aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Lage sowie über das Problem des Rechts- und Linksradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland.

10. 4. 1972

Erklärung zur Ost- und Deutschlandpolitik

Landtagswahl Baden-Württemberg

10. 4. 1972

mit Landesschatzmeistern

Thema: Finanzlage der Partei.

24. 4. 1972

Politische Lage nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg.

28. 4. 1972

Thema: Ostverträge

(Vorbereitung des Gesprächs des Parteivorsitzenden Dr. Barzel mit Bundeskanzler Brandt)

2. 5. 1972 – 9.00 Uhr
Bericht des Parteivorsitzenden über das Spitzengespräch zwischen
Regierungs- und Oppositionsführung am 28. 4. 1972.

2. 5. 1972 – 17.00 Uhr.
Parteivorsitzender Dr. Barzel informiert das Präsidium über den Brief
Bundeskanzler Brandts.

4. 5. 1972
mit engerem Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Bericht
des Parteivorsitzenden über Gespräch mit Bundeskanzler Brandt.
Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Rechtsfragen einer
gemeinsamen Resolution von Regierungskoalition und Opposition.

5. 5. 1972
mit Fraktionsvorstand
Beratung der politischen Lage.

8. 5. 1972
Entwurf einer Bundestagsentschließung zu den Ostverträgen.

9. 5. 1972 – 9.00 Uhr
Bericht des Parteivorsitzenden über das Gespräch am 8. 5. 1972 zwi-
schen Regierungs- und Oppositionsführung.

9. 5. 1972 – 14.30 Uhr
mit engerem Fraktionsvorstand:
Parteivorsitzender Dr. Barzel berichtet über sein Gespräch mit Bun-
deskanzler Brandt, Bundesaußenminister Scheel und dem sowjeti-
schen Botschafter Falin.

9. 5. 1972 – 20.00 Uhr
mit engerem Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Beratung des Einspruchs der Sowjetunion gegen Formulierungen
des Entschließungsentwurfes des Deutschen Bundestages zu den
Ostverträgen.

15. 5. 1972
Parteivorsitzender Dr. Barzel berichtet über Form der Übergabe und
Rang der gemeinsamen Entschliebung des Deutschen Bundestages
zu den Ostverträgen.

18. 5. 1972
Lage nach der Abstimmung über die Ostverträge.

4. 6. 1972
Politische Lage.

5. 6. 1972
Politische Lage
Forderung: Brandt solle Konsequenzen aus der Handlungsunfähig-
keit der Regierung ziehen.

11. 6. 1972
Themen: Neuwahlen
Deutschlandpolitik
Hochschulrahmengesetz

19. 6. 1972
Themen: Vorbereitung des Wahlkampfes
20. Bundesparteitag
Situation im DGB

26. 6. 1972
mit Bund der Vertriebenen
Thema: Politische Lage

5. 7. 1972
mit Deutschem Beamtenbund

7. 7. 1972
mit engerem Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

15. 8. 1972

Themen: Quick
Schiller
Rentengesetzgebung

21. 8. 1972

Bericht des Generalsekretärs über den Stand der Wahlkampfvor-
bereitungen.

Weitere Themen: 20. Bundesparteitag
Rentengesetzgebung

14. 9. 1972 – 9.00 Uhr

Thema: 20. Bundesparteitag

14. 9. 1972 – 19.00 Uhr

Thema: Rentengesetzgebung

25. 9. 1972

Themen: Wahlkampf vorbereitungen
20. Bundesparteitag.

Die Landesgeschäftsführerkonferenz tagte im Berichtszeitraum achtmal. Im einzelnen wurden folgende Themen behandelt:

8. 12. 1971 Auf dieser Sitzung legte der neue Bundesgeschäftsführer Ottfried Hennig sein Arbeitsprogramm für das kommende Jahr vor. Weiterhin machte die LGFK Vorschläge für die Besetzung der Organisations-Kommission. Sie erörterte die Vorbereitungen der Betriebsratswahlen und nahm einen ausführlichen Bericht des Bundeschatzmeisters entgegen.

Auf der Sitzung am 18. / 19. Januar 1972 legte der Generalsekretär sein Programm für die Parteiarbeit im Jahre 1972 vor. Neben der Diskussion über die Personalplanung wurde eine ausführliche Besprechung über die Publikationen der Partei durchgeführt.

Themen der Sitzung am 21. 2. 1972 waren u. a. eine Service-Liste der Bundesgeschäftsstelle sowie die Zusammenarbeit der Landesverbände und der Bundesgeschäftsstelle mit der Politischen Akademie Eichholz.

Am 27. / 28. März 1972 führte die Landesgeschäftsführerkonferenz ein Seminar in der Karl-Arnold-Bildungsstätte durch. Dieses Seminar diente der gründlichen Auswertung der Erfahrungen aus den vergangenen Landtagswahlkämpfen und ihrer Koordinierung in der Zukunft.

Eines der wichtigsten Themen der LGFK am 20. 4. 1972 war die Diskussion des vom Generalsekretär verkündeten Ziels, bis Ende des Jahres 400 000 Mitglieder zu haben. Die Landesgeschäftsführerkonferenz erarbeitete eine Quotierung der Zuwachsraten für die einzelnen Landesverbände. Des weiteren wurde besprochen, welche „Themen des Monats“ in den jeweiligen Monaten zum Mittelpunkt der Parteiarbeit gemacht werden sollten. Ausführlich wurde auch das neue Organisationshandbuch der Bundespartei diskutiert.

Am 12. 6. 1972 tagte die Landesgeschäftsführerkonferenz in Berlin. Die Sitzung galt der ausführlichen Vorbereitung auf die nun immer wahrscheinlicher werdenden vorgezogenen Bundestagswahlen. Im Anschluß an diese Konferenz unternahmen die Landesgeschäftsführer mit dem Bundesgeschäftsführer eine Stadtrundfahrt durch den Ostsektor der Stadt.

Die Sitzung am 23. 8. 1972 stand naturgemäß ganz im Zeichen der Wahlkampf vorbereitungen. Der Generalsekretär informierte die Landesgeschäftsführer ausführlich über die Wahlkampfkonzeption. Die Bundesgeschäftsstelle berichtete den Landesgeschäftsführern über die Maßnahmen der einzelnen Abteilungen des Hauses im Zusammenhang mit dem Wahlkampf.

Am 26. 9. 1972 wurden die einzelnen Wahlkampfmaßnahmen ausführlich diskutiert und der Ablauf des Bundesparteitages besprochen.

Organisations- Kommission

Der 19. Bundesparteitag in Saarbrücken hat den Bundesvorstand beauftragt, eine Kommission einzusetzen, die, ausgehend von den dem Parteitag vorliegenden Anträgen auf Änderung des Statuts, die organisatorische Situation der Partei erörtern und Vorschläge für notwendige Maßnahmen erarbeiten soll.

In seiner Sitzung am 9. Dezember 1971 hat der Bundesvorstand diese Kommission berufen und den Generalsekretär zum Vorsitzenden der Organisations-Kommission bestellt. Unter Vorsitz von Generalsekretär Dr. Konrad Kraske fand am 24. Januar 1972 die konstituierende Sitzung statt.

Es wurden zwei Unterkommissionen gebildet, denen konkrete Aufgabenstellungen zugeteilt wurden:

Unterkommission I

Unter Vorsitz von Dr. Rüdiger Göb beschäftigt sie sich mit den Fragen:

1. Verhältnis Partei – Fraktion
2. Verhältnis Partei – Stiftung mit ihren Instituten
3. Verhältnis Partei – Vereinigungen
4. Bundespartei – Landes- und Kreisverbände
5. Partei – Wirtschaftsbetriebe (UBG)
6. Fachausschüsse, Arbeitskreise.

Unterkommission II

Unter Vorsitz des Bundesgeschäftsführers Ottfried Hennig hat sie die Aufgabe der Untersuchung der Organisation im Hinblick auf die Optimierung ihrer Kräfte für die Erfüllung einer bestimmten Aufgabe, hier insbesondere der Durchführung des Bundestagswahlkampfes.

Außer diesen zwei Unterkommissionen bildete die Organisations-Kommission drei Sondergruppen, die mit der Behandlung folgender Punkte betraut wurden:

1. Möglichkeit der Mitarbeit von Ausländern in der CDU.
2. Bestimmungen des Statuts über den Delegiertenschlüssel für den Bundesparteitag und den Bundesausschuß.
3. Einheitliche Standardausrüstung für Kreisgeschäftsstellen (persönlich, maschinell) – gemeinsame technische Büros mehrerer Kreisverbände (bei Stadtstaaten eventuell der Landesgeschäftsstellen).

Beide Unterkommissionen und die Sondergruppen haben in den Monaten Februar bis Mai 1972 mehrfach getagt und ihre bis dahin vorliegenden Beratungsergebnisse der Organisations-Kommission für die Sitzung vom 25. Mai 1972 vorgelegt.

Durch die vorgezogene Bundestagswahl konnte die Organisations-Kommission ihre Arbeiten nicht abschließen. Sie wird nach der Bundestagswahl ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Um die Politik der CDU in der Zeit wichtigster politischer Entscheidungen zu verdeutlichen und gegenüber der Propagandaflut der SPD wenigstens ein Mindestmaß an publizistischem Gegengewicht zu schaffen, wurde eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit, die sich nicht nur an die Mitglieder richtet, immer notwendiger.

Für die Abteilung Werbung und Öffentlichkeitsarbeit wirkten sich die politische Konstellation in Bonn und die seit dem Frühjahr 1972 angedeutete Möglichkeit vorgezogener Neuwahlen deshalb in besonderer Weise aus. Der für die Partei notwendige Ausbau der Abteilung wurde kurzfristig vollzogen.

Mit der Entscheidung für ein neues Signet wurde eine neue, einheitliche Werbelinie der CDU entwickelt. Die neue Werbelinie, gekennzeichnet durch den roten Balken und das Kursiv-Signet, ist inzwischen zum Markenzeichen der Partei geworden und hat in der Partei so allgemeinen Anklang gefunden, daß sie auch zur tragenden Gestaltungslinie des Bundestagswahlkampfes wurde.

Für die Aktionsunterstützung der Partei wurde das „Thema des Monats“ eingeführt. Ein politisches Thema, für das insbesondere über die Transportschiene „Monatsblatt“ Argumentations- und Informationsmaterial angeboten wird.

Als besonders wirksames, aussagekräftiges und handliches Werbemittel wurde dafür der achtseitige Faltprospekt mit Antwortkarte entwickelt, der inzwischen zu den verschiedenen Themen eine Gesamtauflage von über zehn Millionen Stück erreicht hat.

Seit März 1972 hat sich der Grundsatz durchgesetzt, daß alle Prospekte, Flugblätter, Anzeigen und Broschüren einen Antwortcoupon enthalten. Neben der Möglichkeit, mit diesem Coupon weiteres Informationsmaterial anzufordern, wird seit Mai auch die Möglichkeit vorgegeben, sich als Mitglied anzumelden. Auf Grund dieser Coupons sind von Mai bis September allein in der Bundesgeschäftsstelle fast 3 000 Mitgliedsmeldungen eingegangen, die umgehend an die zuständigen Kreisverbände weitergeleitet worden sind.

Alle sechs Monate ist ein kompletter Aktionsvorschlagsdienst vorgesehen, mit dem alle für gezielte Werbung wirksamen Werbemittel vom Rednerdienst bis zum Plakat angeboten werden. Die ersten beiden Dienste sind zu den Themen „Vermögensplan“ und „Innere Sicherheit“ erschienen.

Im Berichtszeitraum wurde bis Mitte September von der Abteilung Werbung und Öffentlichkeitsarbeit an Streumaterial weitergegeben:

10 905 000 Faltprospekte
8 700 000 Flugblätter
1 747 700 Plakate.

Abteilung Werbung und Öffentlichkeitsarbeit

Neue Werbelinie

Thema des Monats

Faltprospekte

Antwortcoupon

Aktionsvorschlagsdienste

Auflagen

**Zentrales Versandzentrum
der CDU**

Viele der vorbereiteten Aktionen haben in ihrem Erfolg alle Erwartungen weit übertroffen. Um der hohen Zahl der Nachforderungen an Material in angemessener Zeit gerecht zu werden, mußten in der Abteilung neue Organisationsformen entwickelt werden. Hierbei gab es in der Anfangsphase einige Reibungsverluste. Der Aufbau des zentralen Versandzentrums der CDU in Oberhausen dürfte jedoch die Lösung dieser Probleme bringen.

Kostenbeteiligung

Bei der Weitergabe der Werbematerialien an Gliederungen der Partei ist das Prinzip der Selbstkostenbeteiligung eingeführt worden. Dies war aus finanziellen Gründen unumgänglich. Außerdem ist damit eine größere Gewähr gegeben, daß nur Material angefordert wird, das tatsächlich verteilt wird.

**Die Monatsaktionen
März 1972**

Aktion zur 1. Lesung der Ostverträge
„Die Freiheit für die Deutschen sicherer machen“
Produziert wurde ein achtseitiger Faltprospekt.

	Auflage
Der Prospekt wurde dem Monatsblatt beigelegt	380 000
Nachbestellt wurden	1 320 000
Gesamtauflage	1 700 000

Antwortcoupon-Rücklauf	10 814
Barzel-Rede zur 1. Lesung der Ostverträge	55 000
Materialien-Broschüre „Friedenspolitik der CDU“	12 025
Rednerdienst-Auszüge aus den Bundestagsreden zur 1. Lesung der Ostverträge	11 180

Mai 1972

Aktion zur 3. Lesung der Ostverträge
„Verantwortliche Politik in entscheidender Stunde“
Faltprospekt achtseitig.

	Auflage
Der Prospekt wurde dem Monatsblatt beigelegt	380 000
Nachbestellungen über Antwortkarte	1 905 000
Gesamtauflage	2 285 000

Antwortcoupon-Rücklauf	ca. 6 000
Beitrittserklärungen per Coupon mit Bezug auf die Ostverträge	256
Spendenerklärungen	542

Juni 1972

Aktionsvorschlagsdienst
„Der Vermögensplan der CDU“

	Auflage
Als erster Aktionsvorschlagsdienst wurde den Kreisverbänden zum Vermögensplan der CDU ein komplettes Werbemittel-Angebot vorgelegt. Insgesamt wurden 7 Werbemittel angeboten, die im einzelnen folgende Auflagen erreichten:	
Argumentationskarte	80 000
Faltprospekt	630 000
Anzeigen-Matern	20
Rednerdienst	4 500
Plakate	3 000
Wandzeitungen	8 700
Materialien-Broschüren	5 000

Aktion zum Stabilitätskurs der CDU in der Wirtschaftspolitik

Motto: „Zahlen richten“

Im Monat Juli wurde erstmals das Monatsblatt in vollem Umfang in die Aktion „Thema des Monats“ miteinbezogen.

1. Eine Doppelseite des Monatsblattes wurde als Wandzeitung gestaltet. Jedes Mitglied erhielt dadurch die Möglichkeit, mit einem Plakat für die Partei zu werben.
Gesamtauflage 380 000
2. Eine Doppelseite des Monatsblattes wurde beidseitig mit 8 Flugblättern zum Ausschneiden und Verteilen in der Nachbarschaft bedruckt.
Auflage der Flugblätter damit 3 040 000
3. Dem Monatsblatt wurde zusätzlich ein achtseitiger Faltprospekt beigelegt. 380 000
Flugblätter und Plakate konnten von den Kreisverbänden nachbestellt werden.
Bestellungen Flugblätter zusätzlich 40 000
Plakate zusätzlich 6 000
Von dem achtseitigen Faltprospekt wurden den Kreis- und Ortsverbänden bei Rücksendung der Bestellkarte für ihre Arbeit jeweils 2 000 Exemplare kostenlos angeboten. Mitglieder erhielten bei Einsenden der Antwortkarte bis zu 200 Prospekten zur Nachbarschaftsverteilung kostenlos. Außerdem konnten die Kreis- und Ortsverbände weitere Prospekte zum Selbstkostenpreis bestellen.
Der Faltprospekt erreichte eine Gesamtauflage von 2 610 000

Zur Stabilitäts-Aktion: Tageszeitungs-Anzeige Helmut Schmidt
„Die Besorgnis um die Stabilität bedrängt mich persönlich nicht so sehr wie andere“

Belegt wurden 82 Tageszeitungen mit einer zweispaltigen Anzeige, die einen Antwortcoupon mit Beitrittsanmeldung und Spendenerklärung enthielt.

- | | |
|---------------------------------|-------|
| Beitrittserklärungen mit Coupon | 1 191 |
| Spendenerklärungen | 867 |

Aktion zum Rentenplan der CDU

„10 Millionen Rentner täuscht man nicht“

Wie im Monat Juli volle Nutzung des Monatsblattes:

- | | |
|---------------------------------------|-----------|
| | Auflage |
| 1. Wandzeitungs-Beilage | 380 000 |
| 2. Flugblatt-Beilage zum Ausschneiden | 3 040 000 |
| 3. Faltprospekt-Beilage | 380 000 |
| Nachbestellungen: | |
| Flugblätter | 80 000 |
| Plakate | 6 000 |
| Faltprospekte | 1 500 000 |

Juli 1972

August 1972

September 1972

2. Aktionsvorschlagsdienst. Thema: Innere Sicherheit
„Unsere Demokratie im Schußfeld“

Umfassendes Werbemittelangebot wie zum Vermögensplan.

	Auflage
Faltprospekt	1 800 000
Flugblatt	70 000
Plakat	35 000
Argumentationskarte	20 000
Rednerdienst	14 000
Anzeigenmater (Andrucke)	10 000
Materialienbroschüre	35 000

Sonderaktion
September 1972

Verabschiedung des Rentenplanes der CDU
„Millionen Rentner können aufatmen“

Jedem Kreisverband wurden am Tage der Verabschiedung der Rentengesetze 50 Plakate und 1 000 Flugblätter zugeschickt. Kostenlose Nachbestellung möglich.

Bisher erreichte Auflagen:

Plakat	50 000
Flugblatt	1 500 000

Auflösung des Bundestages
„Jetzt hat der Wähler das Wort“

Am Tage der Auflösung des Bundestages wurden jedem Kreisverband 50 Plakate und 1 000 Flugblätter zugeschickt.

Bisher erreichte Auflagen:

Plakate	50 000
Flugblätter	1 000 000

Mitgliederwerbung

In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Westfalen-Lippe und dem als Demonstrationskreis ausgewählten Kreisverband Bielefeld wurde von der Abteilung für die Mitgliederwerbung das „Bielefelder Modell“ entwickelt. Grundidee ist der Einsatz von Kontaktern für Mitgliederwerbung auf der Basis von Hausbesuchen. In der Stadt Bielefeld wurde während des Zeitraumes dieser Musteraktion in vier Wochen mit Hausbesuchen ein Mitgliederzuwachs von ca. 70 Prozent erreicht.

Dieses Modell soll nach den Bundestagswahlen gründlich ausgewertet und in einen Aktionsvorschlagsdienst für größere Mitgliederwerbemaßnahmen umgesetzt werden.

Handbuch der CDU

Es wurde ein Handbuch der CDU in sechs Bänden entwickelt, das in Lose-Blattform folgende Aufgliederung hat.

Band I: Service-Katalog der CDU

Band II: CDU-Dokumentation

Band III: Leitfäden der CDU

Band IV: Rednerdienste

Band V: Argumente – Dokumente – Materialien

Band VI: Reden bedeutender Politiker der CDU

Kosten für das gesamte Werk DM 20,-.

Bisher liegen ca. 800 Bestellungen vor.

Die Auslieferung ist wegen der z. Z. anfallenden vielfältigen Werbemittelangebote direkt nach der Bundestagswahl vorgesehen.

Kleinwerbmittelkatalog

In Zusammenarbeit mit der Union-Betriebs GmbH wurde erstmals ein zentrales Kleinwerbmittelangebot zusammengestellt. Die 27 in der CDU-Werbelinie gestalteten Kleinwerbmittel vom Kugelschrei-

ber bis zum Luftballon bleiben zu unveränderten Preisen bis Ende 1973 im Angebot.

Für die Öffentlichkeitsarbeit der Kreisverbände wurde im „Aktionspaket“ ein Materialangebot vom Canvassingstand über das Veranstaltungs-Ankündigungsplakat bis hin zur Rahmenmater vorbereitet. Auch das Aktionspaket ist als konstantes Angebot bis Ende 1973 vorgesehen.

Um den immer umfangreicher werdenden Nachfragen nach Material zu detaillierten politischen Sachthemen gerecht zu werden, wurde in Zusammenarbeit mit der Abteilung Politik die Broschürenreihe „Argumente – Dokumente – Materialien“ entwickelt. Bisher sind in dieser Reihe etwa 30 verschiedene Broschüren erschienen. Die einzelnen Themen finden Sie im Kapitel „Abteilung Politik“. Insgesamt wurde von April bis September 1972 eine Gesamtauflage von rund 220 000 Broschüren erreicht.

Um die Diskussionsfähigkeit der Mitglieder zu unterstützen, wurde die „Argumentationskarte“ entwickelt.

Inzwischen sind von der Abteilung Politik Argumentationskarten zu ca. 30 Sachthemen entwickelt worden.

Zur besseren Hantierbarkeit steht eine Sammelbrieftasche zur Verfügung.

Das Aktionspaket

Materialversand auf Einzelanfrage

Argumentationskarten

Abteilung Politik

Bundesfachausschüsse

Neben der fachlichen Vorbereitung von Präsidiumssitzungen und Präsidiumsgesprächen sowie der Geschäftsführung der Bundesfachausschüsse lag der Hauptschwerpunkt auf der Ausarbeitung von Argumentationshilfen und auf politisch informativer Beratung.

Seit Frühjahr 1972 konzentrierte sich die Arbeit auf die bevorstehende Bundestagswahl.

Der Bundesausschuß für Agrarpolitik

(Vorsitzender: Gustav Niermann, MdL)

trat bis zu seiner Neukonstituierung am 14. Juni 1972 zu fünf Sitzungen zusammen; danach erfolgte eine ganztägige Sitzung am 21. August 1972.

Beratungsschwerpunkte waren:

- Fortschreibung des agrarpolitischen Teils der 1. und 2. Fassung des Berliner Programms;
- Vorbereitung des Delegiertenkongresses der Landesagrarausschüsse, der am 18. / 19. Februar 1972 in Ravensburg stattfand;
- Erarbeitung einer Leitlinie der Agrarpolitik der CDU in Fortsetzung der Fortschreibung des Berliner Programms (2. Fassung);
- Vorlage eines agrarpolitischen Programms;
- Stellungnahmen zu mittel- und langfristigen agrarpolitischen Initiativen der CDU/CSU-Fraktion.

Die Außenpolitische Kommission

(Vorsitzender: Walther Leisler Kiep)

trat seit dem Bundesparteitag in Saarbrücken neunmal zusammen. Sie verfügt über folgende Unterkommissionen:

- China
- KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
- KSZE und Wirtschaftsfragen
- Innerdeutscher Grundvertrag
- Entwicklungspolitik

Die Außenpolitische Kommission erarbeitete zu verschiedenen Gebieten Vorlagen für das Präsidium der Partei. Darüber hinaus veröffentlichte sie ein Arbeitspapier „Zur Ostpolitik. Behauptungen der SPD – Argumente der CDU“ vom 23. Februar 1972.

Der Bundesausschuß für Gesundheitspolitik

(Vorsitzender: Dr. Horst Bourmer)

kam zweimal zusammen. Er beschäftigte sich mit:

- dem 2. Referentenentwurf eines „Gesetzes über Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“;
- der Reform des § 218 und den damit hervorgerufenen Problemen;
- den „Richtlinien über Prüfung von Arzneimitteln“ im Zusammenhang mit dem „Entwurf eines Tierschutzgesetzes“.

Am 13. 6. 1972 konstituierte sich der

Bundesausschuß für Gesundheitspolitik

(Vorsitzender: Dr. Fritz Beske) neu.

Der Ausschuß tagte bisher zweimal. Außerdem fanden im kleinen Kreis noch zwei Arbeitssitzungen statt.

Einziger Tagesordnungspunkt:

- Erstellung eines gesundheitspolitischen Programms.

Der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)

(Vorsitzender: Friedrich Vogel MdB)

führte 1 Mitgliederversammlung, 5 Vorstandssitzungen, 2 Sitzungen des Koordinierungsausschusses sowie insgesamt 17 Tagungen der Fachkommissionen „Verfassungsrecht“, „Justizpolitik“, „Strafrechtsreform“ und „Strafvollzug“ durch.

Schwerpunkte der Arbeit waren:

- Überlegungen zur Änderung wichtiger Bestimmungen des Grundgesetzes;
- Vorbereitung von Leitsätzen der CDU zur Justizpolitik;
- 5. Strafrechtsreformgesetz (§ 218 StGB) sowie Ausarbeitung einer Beschlußvorlage für den CDU-Bundesausschuß zum Schutz des werdenden Lebens;
- Grundprobleme eines Strafvollzuges;
- konstruktive Mitarbeit an den Wahlkampf vorbereitungen.

Sieben Sitzungen des

Bundeskulturausschusses

(Neukonstituierung 26. 10. 1971

Vorsitzender: Minister Dr. Bernhard Vogel)

dienten der Beratung folgender Themen:

- Hochschulrahmengesetz
- Bund-Länder-Kommission für den Bildungsgesamtplan (insbesondere: Zwischenbericht und „Vorschläge für die Durchführung vor- dringlicher Maßnahmen“)
- Bildungspolitisches Schwerpunktprogramm für den Bundestags- wahlkampf
- Bildungsfinanzierung / Haushalt 72
- Lehrerbildung
- Berufliche Bildung
- Weiterbildung
- Fernstudium im Medienverbund
- Probleme des Theaters
- Technologiepolitik
- Aktuelle Fragen der Kulturpolitik in den Ländern.

Der Beirat für Hochschul- und Forschungspolitik des BKA

befaßte sich in 3 Ausschuß- und 6 Unterausschußsitzungen seit sei- ner Konstituierung am 26. 10. 1972 mit folgenden Fragen:

- Hochschulrahmengesetz
- Personalstruktur der Hochschulen
- Hochschulforschung
- Großforschung und Technologie
- Soziale Sicherung der Studenten
- Ordnungsrecht
- Niedersächsisches Hochschulgesetz

Der Bundesausschuß Öffentlicher Dienst

(Vorsitzender: Ulrich Berger MdB)

2 Sitzungen des Ausschusses und 3 Sitzungen von Arbeitsgruppen.

Beschlüsse:

- Thesen der CDU zum Personalvertretungsrecht
- Neugestaltung des Laufbahnrechts
- Ablehnung des Streikrechts im öffentlichen Dienst
- Stellungnahme zum Bericht der Personalstrukturkommission des Bundesministers der Verteidigung.

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Einheitliches öffentliches Dienstrecht
- Analytische Stellenbewertung
- Personalwesen
- Radikalismus im öffentlichen Dienst
- Besoldung
- G 131

Der Fachausschuß befindet sich gegenwärtig in der Phase der Neu- konstituierung.

Arbeitsgruppe öffentliche Sicherheit

(Vorsitzender: Günter Volmer MdB)

8 Sitzungen.

Beschluß:

Konzeption der CDU zur Verbrechensbekämpfung

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Bundesgrenzschutz
- Zivilverteidigung
- Staatsschutz
- Politischer Radikalismus.

Bundesarbeitskreis Polizei

(Vorsitzender: Karl-Heinz Schmitz MdB)

2 Sitzungen des Arbeitskreises und 2 Sitzungen des Vorstandes

Behandelte Themen:

- Aufbau von Landespolizeiarbeitskreisen der CDU
- Konzeption der CDU zur Verbrechensbekämpfung
- Radikalismus im öffentlichen Dienst.

Der Bundesausschuß für Sozialpolitik

(Vorsitzender: Josef Stigl, Neukonstituierung am 22. 6. 1972)

tagte viermal, zudem fand eine Vorstandssitzung statt.

Der Ausschuß beschäftigte sich mit den Themen:

- Familienlastenausgleich
- Rentenreformprogramm der Bundesregierung
- Rentenprogramm der CDU/CSU-Fraktion
- Erstellung eines sozialpolitischen Aktionsprogramms.

Der Bundesfachausschuß Sport

(Vorsitzender: Dr. Hans Evers MdB)

tagte dreimal. Seine Schwerpunktthemen waren:

- Bundessportplan der CDU/CSU
- Förderung des Vereinssports
- Sportstättenbau
- Förderung des Wettkampfsports an Universitäten
- Probleme des Leistungssports.

Er führte Kontaktgespräche mit

- dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbandes
- Vorstandsmitgliedern des AvD und des ADAC.

Zwei Fachkonferenzen (Sportkonferenz am 17. 3. 1972 in Hannover und am 14. 4. 1972 in Heidelberg) befaßten sich mit Aufgaben der Sportförderung auf Bundes- und Landesebene sowie der Situation und den Problemen des Leistungssports.

Auf Initiative des BFA Sport fand am 19. 11. 1971 ein Vereinshearing statt, bei dem Vertreter von 11 unterschiedlich strukturierten Vereinen gehört wurden.

Der Arbeitskreis Leistungssport (Unterausschuß des BFA Sport) tagte dreimal (Vorsitzender: Olaf Lawrenz, Berlin).

Schwerpunktthemen waren:

- Förderung des Leistungssports
- Einfluß des Sports in den Massenmedien.

Veröffentlichungen:

Protokoll des Vereinshearings (im Druck)

Bundessportplan (im Druck)

Der Bundesausschuß für Strukturpolitik

(Vorsitzender: Dr. Horst Waffenschmidt MdL)

tagte dreimal. Die fünf Unterausschüsse (Ballungsräume, Umweltfragen, Verwaltungsreform, Regionalpolitik, Städtebau und Wohnungswesen) hielten 18 Beratungen ab. Schwerpunktthemen waren:

- Probleme in Verdichtungsräumen
- Erarbeitung einer Konzeption zum Umweltschutz
- Territoriale Verwaltungsreform
- Regionalpolitik als Teil der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik
- Eigentumsbildung im sozialen Wohnungsbau.

Es wurden folgende Ausarbeitungen erstellt:

- Thesen für die Arbeit der CDU in Verdichtungsräumen
- Umweltschutz in Verdichtungsräumen
- Umweltvorsorge – die neue Aufgabe –
- Regionalpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft
- Wohnungs- und Städtebau für morgen.

Parlamentariergruppe der CDU/CSU für Umweltfragen

(Vorsitzender: Dr. Benno Weimann MdL)

5 Sitzungen, darunter eine dreitägige Veranstaltung in Stuttgart während des Wahlkampfes in Baden-Württemberg.

Behandelte Themen:

- alle in den Parlamenten des Bundes und der Länder aufgetretenen Fragen
- Immissionsschutz
- Bundes- und Landesanstalten für Umweltschutz.

Der Bundesausschuß für Verteidigungspolitik

(Vorsitzender: Dr. Werner Marx, MdB)

tagte seit dem Bundesparteitag in Saarbrücken sechsmal.

Seine Hauptaufgabe bestand in der Erarbeitung eines sicherheitspolitischen Programms der CDU/CSU. Zu diesem Zweck wurde am 22. November 1971 mit dem Wehrpolitischen Ausschuß der CSU eine enge Zusammenarbeit vereinbart. Seither nahmen Mitglieder des WPA der CSU an allen Sitzungen des Ausschusses und seiner Arbeitsgruppen teil.

Im Bundesausschuß für Verteidigungspolitik bestehen folgende Arbeitsgruppen:

- Strategische Fragen und Organisation der Streitkräfte
- Strukturprobleme der Bundeswehr
- Rüstungswesen
- Bildung und Ausbildung
- Innere Führung und innere Ordnung
- Fürsorge und soziale Fragen
- Zivilverteidigung.

Der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik

(Vorsitzender: Minister Dr. Manfred Schäfer)

trat bis zu seiner Neukonstituierung am 19. Juni 1972, bei der Minister Dr. Manfred Schäfer zum Vorsitzenden wiedergewählt wurde, zu sechs Sitzungen zusammen; danach trat er zu drei Sitzungen zusammen.

Seine Schwerpunktthemen waren:

- Konjunktur- und Währungspolitik
- Steuerreform
- Eigentumspolitik
- Regionalisierung der Konjunkturpolitik
- Erarbeitung eines konjunkturpolitischen Instrumentariums
- Erarbeitung eines Fragen- und Antwortenkatalogs zu wirtschaftspolitischen Problemen.

Für den Bundestagswahlkampf erarbeitet der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik ein wirtschaftspolitisches Programm. Zur Beschleunigung der Arbeiten hat der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik neun ad-hoc-Arbeitsgruppen gebildet. Sie haben bisher insgesamt zwölfmal getagt.

Speziell für den Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg wurden Rednerdienste erarbeitet, in einer Langfassung zur fundierten Unterrichtung und in einer aktualisierten Kurzfassung.

Umfangreiche Ausarbeitungen zu einzelnen Themen können von Interessenten zum Selbstkostenpreis erworben werden. Über das Angebot wird laufend in den Parteipublikationen berichtet.

Angeboten werden:

1. Europapolitik

- Zur Europäischen Sicherheitskonferenz – Historischer Abriß 1954–1972
- Kontinuität in der Europapolitik der CDU (chronologische Darstellung 1945–1972)
- Vor- und Nachteile einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

2. Ost- und Deutschlandpolitik

- Die Freiheit für die Deutschen sicherer machen – Materialien zur Friedenspolitik der CDU

3. Wirtschafts- und Finanzpolitik

- SPD-Zitate zur Preisentwicklung 1965–1971
- Chronologie der wirtschafts- und währungspolitischen Ereignisse seit Oktober 1969
- Inflation gefährdet Wirtschaft und Gesellschaft
- Der Vermögensplan der CDU (Materialsammlung)

4. Sonstige Innenpolitik

- SPD und Vermögenspolitik 1969 bis 1972
- Formen der betrieblichen Alterssicherung
- Vorstellungen der CDU zur Alterssicherung
- Zusammenstellung der Aktivitäten der Bundesregierungen im Bereich des Umweltschutzes von 1961–1969
- Das Berliner Programm der CDU und ergänzende Beschlüsse zu Umweltfragen

Politische Informationen

- Jugendpolitische Initiativen im Deutschen Bundestag
- Hochschulsituation 1972: Die zweite Etappe des Marsches durch die Institutionen
- Deutsche Jungdemokraten - Unterscheiden sich die Jungdemokraten noch von den Linksaußen (insbesondere Jusos) der SPD?
- Dokumentation über den Stand der Diskussion um die Reform des § 218 StGB - Abtreibung
- Zur Reform des Bodenrechts - Anmerkungen und Zitate
- Radikale im Öffentlichen Dienst - Beurteilung der rechtlichen Situation und ihre Konsequenzen
- Radikale im Öffentlichen Dienst (II) - Ausführung des Radikalismusbeschlusses der Ministerpräsidenten
- Das Berliner Programm der CDU und ergänzende Beschlüsse zu Verwaltung und öffentlichem Dienst.

5. SPD

- Das Wichtigste aus: Versprochen - nicht gehalten
Bilanz der Linkskoalition - April 1972
- Bilanz der Linkskoalition - April 1972
Versprochen - nicht gehalten
- „Sozial“-Demokratisierung der Bundeswehr
- Die Beschlüsse des Sonderparteitages der SPD in Bonn 18. / 20. 11. 1971 - Kritische Anmerkungen -
- SPD und FDP nach ihren Parteitagen - Übereinstimmung in Aussagen und Beschlüssen
- Die jüngsten Juso-Kongresse - Die Strategie der Systemüberwindung - Anmerkungen und Zitate zum außerordentlichen Bundeskongreß der Jungsozialisten in Hannover, 11. / 12. 12. 1971 - „Jusos üben sich in Wohlverhalten“. Anmerkungen zum Bundeskongreß der Jungsozialisten in Oberhausen, 26. / 27. 2. 1972
- Die Beschlüsse des SPD-Parteitages 1971 und ihre Folgen - Was der Steuerzahler von der SPD zu erwarten hat
- Linkstendenzen in der SPD.

6. Sonstiges

- Das Wichtigste aus: Berliner Programm, 2. Fassung.
Verwirklichung durch CDU-Initiativen
- Berliner Programm, 2. Fassung.
Verwirklichung durch CDU-Initiativen
- Das Wichtigste aus: Die Leistungen der CDU während ihrer Regierungszeit von 1949-1969 im Vergleich zur Linkskoalition (1969 - April 1972)
- Die Leistungen der CDU während ihrer Regierungszeit von 1949 bis 1969 im Vergleich zur Linkskoalition (1969 - April 1972)

Hochschulbeauftragte

Hochschulbeauftragte der CDU-Kreisverbände

Um die Zusammenarbeit der Kreisverbände mit den Hochschulen und die hochschulpolitische Arbeit der Gesamtpartei zu intensivieren, regte der Vorsitzende der CDU, Dr. Rainer Barzel, in einem Brief an die Kreisverbände der CDU vom 6. Juni 1972 die Benennung von Hochschulbeauftragten der Kreisverbände an. Im einzelnen wurden die Kreisverbände gebeten, diesen Hochschulbeauftragten den informellen Kontakt mit den Einrichtungen der im jeweiligen Kreisverband gelegenen Hochschule zu übertragen. Darüber hinaus sollen sie die

Zusammenarbeit mit den der CDU angehörigen Hochschulmitgliedern und insbesondere dem RCDS pflegen und deren Engagement in der Hochschule unterstützen.

Der Brief hat ein erfreuliches Echo gefunden: Bis zum 20. August hatten 26 Kreisverbände, in deren Einzugsbereich Hochschulen gelegen sind, Hochschulbeauftragte benannt und gegenüber der Bundesgeschäftsstelle namhaft gemacht. Eine erste Zusammenkunft der Hochschulbeauftragten zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch findet kurz vor Beginn des Wintersemesters statt.

Vorbemerkung:

Die Arbeit der Frauenreferentin innerhalb der Bundesgeschäftsstelle ist praktisch kaum zu trennen von der Arbeit für die Bundesfrauenvereinigung der CDU, die einen erheblichen Anteil an der Gesamtarbeit hat. Dazu kommt noch die Arbeit als Generalsekretärin der Europäischen Frauen-Union und die damit verbundene Betreuung der internationalen Arbeit.

Neben der Erledigung von Materialanforderungen zu Themen, die Frauen besonders interessieren – Erziehung, § 218, Ladenschlußgesetz usw. – steht seit einiger Zeit die Arbeit im Hinblick auf den Wahlkampf im Vordergrund. Die Ausarbeitung von Vorschlägen zum Wahlkampf unter dem Gesichtspunkt der Gewinnung von Frauen einerseits sowie die Erarbeitung von zahlreichen Stellungnahmen zu Frauenfragen, Beantwortung von Pressefragen und Interviewwünschen andererseits kann als Vorarbeit zur Erstellung eines Katalogs für die Unterstützung von weiblichen Kandidaten und der Arbeit in den Landesfrauenvereinigungen angesehen werden. Gleichzeitig wurde ein Teil der Arbeiten in die Wahlvorbereitungsarbeiten der Abteilung integriert.

Hinzu kommt die Abwicklung der Berlin-Fahrten der Frauenvereinigung; für die Europäische Frauen-Union wurde die Ratssitzung in Helsinki mit den entsprechenden thematischen Vorarbeiten organisiert und ausgewertet.

1. Veranstaltungen

a) In Zusammenarbeit mit der Politischen Akademie Eichholz konnten in Eichholz mehrere Seminare für Frauen durchgeführt werden:

– Die Studententagung für Verbraucherpolitik vom 6. – 9. 2. 1972 führte die Teilnehmer in Grundsatzfragen zur Situation des Verbrauchers und der notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Stellung des Verbrauchers in der Wettbewerbssituation ein. Besonders ging es um die Förderung der Verbraucheraufklärung durch die Einführung des Faches Verbraucherkunde an Schulen und die Errichtung einer Verbraucherakademie sowie um Fragen des gesundheitlichen Schutzes in Zusammenhang mit der Lebensmittelrechtsreform.

– Zu Fragen der Fernseh Wirkungsforschung fand vom 15. – 18. 3. 1972 eine Studententagung statt. Das Thema Manipulation wurde in seinen vielen Aspekten durchleuchtet. Daran knüpften Überlegungen über die Notwendigkeit einer gezielten Erziehung zum Umgang mit dem Medium Fernsehen an.

– Am 25. April 1972 trafen sich zu einer Fachkonferenz „Berufliche Bildung“ Vertreterinnen des DGB und der Vereinigung von Unter-

Frauenreferat

nehmerinnen mit Politikern der CDU, um gemeinsam über die Konzeption der beruflichen Bildung in ihrem Anspruch und ihren realistischen Möglichkeiten zu diskutieren.

– Eine weitere Studientagung vom 2. – 5. Juli 1972 diente der Durchleuchtung von kommunalpolitischen Problemen, die die gegenwärtige Diskussion um Zukunft und Stellenwert der Kommunalpolitik bestimmen.

– Vom 13. – 19. August 1972 wurde versucht, in einer Modelltagung „Mutter und Kind“ ein Angebot für Mütter mit Kindern im vorschulpflichtigen Alter (4–6 Jahre) zu schaffen. Dieser „Bildungsurlaub für Hausfrauen“ wurde begeistert von den Teilnehmern und auch der Presse aufgenommen. Von diesem Ansatz ausgehend, kann bei weiteren Tagungen dieser Art dann auch noch einiges verbessert werden, was jetzt noch nicht ganz erreicht worden ist, so z. B. eine bessere Integration der Kinder in das Tagungsprogramm.

b) Sitzungen der Frauenvereinigungen der CDU

– 3 Sitzungen des Vorstandes der Frauenvereinigung (3. 11. 1971, 4. 2. 1972, 18. 5. 1972) dienen der Weiterführung der Arbeit gemäß dem aufgestellten Arbeitsprogramm 1971 sowie der Planung und der Durchführung des Arbeitsprogramms 1972.

– Der Hauptausschuß trat am 10. 6. 1972 zusammen, um angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes zu politischen Fragen Stellung zu nehmen und eine einheitliche Konzeption im Hinblick auf den Wahlkampf zu erarbeiten.

c) Unterstützung des Wahlkampfes in Baden-Württemberg

Zur Unterstützung des Wahlkampfes in Baden-Württemberg wurde das jährliche Treffen der weiblichen Bundestagsabgeordneten mit den Landtagsabgeordneten in Karlsruhe abgehalten.

2. Ausschüsse

Das Frauenreferat hat die Geschäftsführung für den Verbraucherausschuß und den Arbeitskreis Medienerziehung der Frauenvereinigung der CDU.

a) Verbraucherausschuß

Abgesehen von der Studientagung zur Verbraucherpolitik befaßte sich der Verbraucherausschuß vor allem mit Fragen der ständigen Preissteigerungen in den verschiedenen Bereichen. Die Vorsitzende Irma Blohm gab hierzu eine Reihe von Presseerklärungen ab.

b) Arbeitskreis Medienerziehung

Die Ergebnisse der Studientagung in Eichholz wurden bei einem Informationstreffen im Saarländischen Rundfunk mit dem Intendanten Dr. Franz Mai vertieft. Schwerpunkt der Arbeit ist zur Zeit die Erstellung einer Handreichung für den kritischen Umgang mit den Medien.

3. Publikationen

a) „Frau und Politik“

Die März-Ausgabe wurde redaktionell so gestaltet, daß sie im Wahlkampf in Baden-Württemberg gezielt eingesetzt werden konnte.

Im Mai 1972 erschien in Zusammenarbeit mit der Landespartei Rheinland eine hohe Werbeaufgabe von „Frau und Politik“, die mit einem besonderen Werbeschreiben der Bundesvorsitzenden, Dr. Helga Wex, und des Landesvorsitzenden der CDU, Heinrich Köppler MdL, sowie der Landesvorsitzenden der Frauenvereinigung, Maria Stommel MdB, an die weiblichen Mitglieder der CDU des Rheinlandes versandt wurde. Weitere Werbeexemplare gingen mit einem gesonderten Werbeschreiben an Nichtmitglieder der Partei. Unterstützt wurde die Aktion mit einer Werbeseite im „Deutschen Monatsblatt“. Bisher sind über 300 neue Abonnenten gewonnen worden.

Zusätzlich wird „Frau und Politik“ immer wieder bei Veranstaltungen eingesetzt, bei denen kein CDU-Werbematerial verteilt werden kann so z. B. auf der Hausfrauenmesse in Frankfurt und der Ausstellung „Dortmunder Herbst, Frau – Heim – Hobby“ in der Westfalenhalle.

b) „Kontaktbrief“

Der Kontaktbrief wurde inzwischen auf einen Bezieherkreis von ca. 1200 Mitgliedern der Landes-, Kreis- und Ortsvorstände erweitert.

c) Spezielle Ausarbeitungen

- Die in Zusammenarbeit mit dem Frauenreferat und dem Justitiariat und von der Bundesgeschäftsstelle herausgegebene Dokumentation zum § 218 zeigt den Stand der Diskussion um die Reform des § 218 StGB auf. Sie informiert über die geschichtliche Entwicklung, die verschiedenen Meinungsbildungen und den Standpunkt der CDU.
- Zum Ladenschlußgesetz wurde eine Zusammenstellung der verschiedenen Pro- und Contra-Argumente vorgenommen und an Interessenten versandt.

**Abteilung
Information /
Dokumentation**

Aktuelle Information

Die Durchführung des Arbeitsprogramms 1972 des Generalsekretärs, der Wahlkampf Baden-Württemberg und die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes machten es notwendig, die aktuelle Information der Führungsgremien der Partei und der Bundestagsfraktion auf die Standard-Dienste zu konzentrieren:

Presseschauen rot, blau, grün und orange,
Interne Informationen,
Wahlkampf-Dienste,
wichtige Dokumentationen.

Diese Konzentration ermöglichte es stärker als bisher den Anforderungen nach Sonder-Presseschauen und Spezial-Informationen nachzukommen.

Für die Führungsgruppen in den Landesverbänden wurde ein neuer Informations-Dienst entwickelt und auf der Landesgeschäftsführerkonferenz am 12. Juni 1972 in Berlin als 0-Nummer vorgestellt.

Mit dem Einzug in das Konrad-Adenauer-Haus konnte die Leistungsfähigkeit der Vervielfältigungs-Technik durch Anschaffung neuer, moderner Maschinen wesentlich gesteigert werden. Die Produktionszeiten wurden verkürzt und die technische Qualität der Dienste verbessert. Außerdem wurden die Herstellungskosten gesenkt.

Dokumentation/Archiv

Für die Dokumentation/Archiv ergab sich, insbesondere durch die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes, eine beträchtliche Steigerung der Anforderungen nach Materialien, sowohl aus der Bundesgeschäftsstelle als auch aus der Bundestagsfraktion. Zugleich nahmen die Material-Wünsche von Presseorganen, Instituten und Verbänden zu. Der Umzug in das Konrad-Adenauer-Haus brachte die notwendige räumliche Erweiterung und damit eine weitere Verbesserung der Leistungsfähigkeit.

Die Zahl der regelmäßig ausgewerteten Tageszeitungen hat sich von 30 auf 45 erhöht; außerdem werden jetzt rund 70 Pressedienste gezielt und 30 regelmäßig lektoriert. Entsprechend zugenommen hat der Umfang der täglich dem Archiv zugeführten Ausschnitte und Dokumente. Er beläuft sich jetzt auf mindestens 600 Einheiten pro Arbeitstag.

Diesem vermehrten Zuwachs läuft eine verstärkte Inanspruchnahme parallel. Während der Parlamentswochen werden täglich bis zu 50 telefonische Auskünfte erteilt und bis zu 30 einfache Materialsendungen erstellt. Hinzu kommen pro Tag bis zu fünf Zusammenstellungen umfangreicher Dokumentationen.

Presseabteilung Sprecher der Partei

Er konnte im Berichtszeitraum seine Kontakte zu den Massenmedien und den Bonner Büros von Presse, Funk und Fernsehen intensivieren. Dies geschah durch eine Fülle von Einzel- und Gruppengesprächen mit Bonner Journalisten, durch Besuche bei einflußreichen Persönlichkeiten in den Zentralredaktionen, durch Vorbereitung, Leitung und Nacharbeit von Pressekonferenzen mit CDU-Spitzenpolitikern und durch Erklärungen und Stellungnahmen des Sprechers zu aktuellen politischen Fragen.

Im Zeitraum zwischen den Parteitag wurden 120 schriftliche, in den Pressehäusern verteilte Sprechererklärungen herausgegeben, 67 Artikel des Sprechers im DUD veröffentlicht und eine Vielzahl von telefonischen oder fernschriftlichen Stellungnahmen abgegeben.

Die Presseabteilung hat im Berichtszeitraum nach politischen Sachbereichen spezialisierte Journalistenkarteien angelegt, die mit den von der Politischen Abteilung und der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellten *Fachmaterialien* beliefert werden. Dieses Verfahren hat sich hervorragend bewährt. An zahlreichen Veröffentlichungen ließ sich die Auswirkung der von uns zugesandten Materialien nachweisen.

Die Presseabteilung berät Mandatsträger aller Ebenen bei der Gestaltung ihrer Pressearbeit und der Projektierung neuer Publikationen. Diese Hilfestellung wurde sehr häufig in Anspruch genommen.

Die Koordination der Pressearbeit in der CDU konnte verstärkt werden. Dies geschieht durch telefonische ad-hoc-Absprachen und vor allem durch regelmäßige Treffen der Pressereferenten der CDU-Landesverbände, der CDU-Landtagsfraktionen und der CSU-Pressestelle im Generalsekretariat und im Maximilianeum mit der Presseabteilung der CDU. Diese Sitzungen finden unter der Leitung des CDU-Sprechers im Abstand von zwei Monaten statt und dienen der gegenseitigen Unterrichtung und Absprache der Vorhaben.

In Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung hat die Presseabteilung wichtige Schritte zur journalistischen Nachwuchsförderung unternommen.

Der täglich erscheinende *Deutschland-Union-Dienst* konnte seine Position als meistzitiertester Parteipressedienst ausbauen. In der Zeit von Oktober 1971 bis September 1972 wurden über hundert Artikel des DUD von Agenturen und Zeitungen zitiert und verarbeitet.

Union in Deutschland, die wöchentlich erscheinende Publikation für Funktionsträger der Partei, wurde redaktionell weiter ausgebaut. Die Funktion des UID als Argumentationshilfe für die Basis hat sich bewährt. Seit dem 1. 9. 1972 wird der UID wöchentlich an 35 000 Bezieher (bis dahin: 12 000) geliefert.

Deutsches Monatsblatt. Aufmachung, Themenwahl und die Mitarbeit von einer Reihe qualifizierter Journalisten wurde von den Lesern durch einen Anstieg der Leserbriefe honoriert. Das Deutsche Monatsblatt wird seit Mitte 1972 als Träger für Plakate und Flugblätter im Rahmen einer großen Mitglieder-Initiative genutzt. Für den Wahlkampf sind Sonderausgaben des Deutschen Monatsblattes (Auflage: jeweils 1,5 Millionen Exemplare) geplant.

Die Presseabteilung hat einen illustriertentyp des Deutschen Monatsblattes entwickelt, der dem Parteitag in einer ersten Ausgabe vorliegen wird. Den Auftrag des Generalsekretärs, eine generelle

Publikationen

Hörfunk/Fernsehen

Umstellung des Typs Deutsches Monatsblatt auf „Magazinformat“ zu prüfen, hat die Presseabteilung erfüllt. Eine solche Umstellung könnte zum 1. April 1973 erfolgen.

Die Kontakte des Rundfunkreferates zu Journalisten auf allen Ebenen der Rundfunkanstalten konnten ausgeweitet werden. Das Referat verfügt in allen Anstalten über eine wachsende Zahl von Vertrauensleuten, über die regelmäßige Informationen über Programm- und personalpolitische Vorgänge eingeholt werden.

Inzwischen wurde der *rundfunkpolitische Arbeitskreis der CDU* neu konstituiert. In zwei Unterkommissionen hat dieser Arbeitskreis im Laufe des Jahres 1972 ein Medienkonzept der Union entwickelt.

Der sachverständige Beraterkreis der CDU für rundfunkpolitische Fragen, dem leitende Persönlichkeiten aus allen Anstalten, die CDU-Mitglieder sind, angehören, hat unter Leitung des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl wiederholt getagt und mit ausgezeichneter Beteiligung eine Fülle von aktuellen und langfristigen rundfunkpolitischen Problemen erörtert. Unter der Leitung des Parteivorsitzenden fand eine Zusammenkunft der Parteispitze mit der CDU angehörenden Intendanten und mit Mitgliedern der Aufsichtsgremien statt.

Die Vorarbeiten für die Herausgabe eines *rundfunkpolitischen Informationsdienstes der CDU* wurden fortgesetzt. Eine *systematische Programmbeobachtung* wird zur Zeit an Modellen erprobt.

Die Arbeit der Abteilung Verwaltung wurde im Berichtszeitraum neben den laufenden Aufgaben – Personal, Finanzen, Rechenschaftsberichte gemäß Parteiengesetz, Stiftung Versorgungswerk, Technische Dienste, Fahrbereitschaft, Postverteilung, Materialbeschaffung – außerordentlich stark von dem im November 1971 begonnenen Umzug in das Konrad-Adenauer-Haus und den zahlreichen damit zusammenhängenden Problemen beherrscht.

Diese Aufgabe konnte nur schleppend erfüllt werden, weil viele für die Bundesgeschäftsstelle vorgesehene Räume des Konrad-Adenauer-Hauses nicht bezugsfertig waren und erst nach und nach fertiggestellt wurden.

Mit dem Umzug wurden die insbesondere für den bevorstehenden Wahlkampf sehr wichtigen technischen Einrichtungen, voran Vervielfältigung und Kleinoffsetdruck, die zuvor dezentralisiert waren, zusammengefaßt und durch Anschaffung neuer, moderner Maschinen die Leistungsfähigkeit beträchtlich gesteigert.

Das erfreuliche Echo der Informationskampagne „Spenden“ in der Tagespresse wie in den von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit herausgegebenen Druckschriften (Flugblätter etc.) stellte die Abteilung Verwaltung vor eine weitere neue Aufgabe, für eine schnelle Versendung der Dankschreiben und der Spendenquittungen Sorge zu tragen. Im Durchschnitt handelt es sich um mehr als 400 Einzelüberweisungen pro Monat; die Tendenz ist steigend. Es sind alle Vorbereitungen getroffen, Dankschreiben und Spendenquittungen in der Regel innerhalb von zwei Tagen zu erledigen.

Erstmals konnte nach längeren intensiven Verhandlungen ab 1972 für fünf Jahre auf Bundesebene (außer dem Landesverband Berlin) ein Gruppen-Unfallversicherungsvertrag für ehrenamtlich tätige Mitglieder bis zur Kreisverbandsebene abgeschlossen werden.

Die Leistungen betragen:

im Todesfall	DM 30 000,-
im Invaliditätsfall	DM 60 000,-

An dem Beitragsaufkommen sind die Landesverbände beteiligt, während die Beiträge für eine außerdem für den Zeitraum bis zur Bundestagswahl abgeschlossene umfassende Haftpflichtversicherung voll von der Bundesgeschäftsstelle getragen werden.

Abteilung Organisation

Die Abteilung Organisation hat sich in einem Teilbereich ihrer Arbeit während des Berichtszeitraumes intensiv um die Vermittlung von Bundesrednern zu Veranstaltungen von Parteigliederungen, im kirchlichen Bereich, im Bereich der Erwachsenenbildung, von Berufs- und Fachverbänden, Jugendverbänden u. ä. Bereichen bemüht. Zur Landtagswahl in Baden-Württemberg konnten über 1 100 Einsätze von Bundesrednern vermittelt werden. Außerhalb von Wahlkämpfen ist die Bundesrednervermittlung erheblich schwieriger. Der verständliche Wunsch von Kreisverbänden, zu Veranstaltungen außerhalb von Wahlkämpfen Spitzenredner zu verpflichten, konnte wegen der starken zeitlichen Inanspruchnahme durch die politischen Vorgänge in Bonn in der Mehrzahl der Fälle leider nicht befriedigt werden. Die Bundesgeschäftsstelle hat im Schnitt pro Veranstaltung 7 Bundesredner kontaktiert.

Etwas besser stellt sich das Bild bei Vermittlung von Bundesrednern in den gesellschaftlichen Bereichen dar. Durch Kontaktaufnahme von seiten der Bundesgeschäftsstelle bis zu 19 Bundesrednern pro Veranstaltung ist es immerhin gelungen, von 74 an die Bundespartei herangetragenen Wünschen 44 mit einem Spitzenredner der Partei zu beschicken. An diesen Beispielen wird deutlich, daß der Aufbau eines organisierten Referentendienstes bei der Bundespartei unumgänglich notwendig ist. Zur Zeit sind wir nicht einmal in der Lage, alle an uns herangetragenen Wünsche, auch wenn sie sehr sinnvoll sind, zu befriedigen. Ganz unmöglich ist es, von uns aus aktiv den weiten Bereich des sogenannten vorpolitischen Feldes zu penetrieren. Für fortdauernde Öffentlichkeitsarbeit ist das ein unmöglicher Zustand, dem die Partei erhöhtes Augenmerk zuwenden muß.

Für den Bundestagswahlkampf hat die Abteilung Organisation Einsatzpläne für Bundesredner mit den Landesverbänden ausgearbeitet und abgestimmt. Die Bundespartei mußte sich hierbei wegen der Kürze der für die Vorbereitung der Einsätze zur Verfügung stehenden Zeit auf etwa 50 Bundesredner beschränken, die in den Wochen bis zur Wahl ca. 3 000 Veranstaltungen bestreiten werden.

Im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf sind von der Abteilung Organisation Angebote für Beschallungsanlagen und diverse Plakatständer zusammengestellt und den Kreisverbänden zugeschickt worden. Diese Angebote befinden sich auch in dem von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit herausgegebenen Service-Katalog der Bundesgeschäftsstelle.

Eine zweite Gruppe der Abteilung Organisation hat sich mit der Vorbereitung und Durchführung von Sitzungen und Tagungen befaßt. Dazu zählte die Abwicklung des 19. Bundesparteitages in Saarbrücken mit 2 200 Teilnehmern, die Vorbereitung des 20. Bundesparteitages in Wiesbaden, zu dem insgesamt etwa 5 000 Einladungen, darunter 603 Einladungen an ordentliche Delegierte, versandt wurden. Bei der Größenordnung, die in den letzten Jahren unsere Bundesparteitage angenommen haben, kommen immer weniger Hallen in Frage, die für die Abhaltung eines Parteitages geeignet sind. Auch die Schwierigkeit für die Unterbringung der Teilnehmer und bei der Sicherung von ausreichenden Parkräumen werden immer größer.

Organisatorische Unterstützung wurde geleistet bei der Tagung des Evangelischen Arbeitskreises in Oldenburg vom 10. - 12. Dezember 1971, beim Bundesagrarkongreß in Ravensburg am 18. / 19. Februar 1972, bei der 17. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises in

Pforzheim vom 10. – 12. März 1972 und beim 17. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung vom 18. – 20. März in Mannheim.

Seit der Gebrauchsfertigstellung der Sitzungsräume im Konrad-Adenauer-Haus wurden bereits für 180 Sitzungen Tagungsräume reserviert.

Der seit langem geplante Bundeswohngongreß der Partei mußte angesichts der monatelangen Ungewißheit über vorgezogene Neuwahlen abgesetzt werden. Die im Vorfeld eines Wahlkampfes bewährten Fachkongresse fanden wegen der Kürze der Zeit nicht statt.

Aus dem Tätigkeitsbereich der Zentralen Mitgliederkartei ist zunächst zu berichten, daß der Arbeitsanfall erheblich gestiegen ist. Von Oktober 1971 bis September 1972 wurden ca. 155 000 Karteiveränderungen bearbeitet. Davon waren Neuzugänge etwa 90 000, Abgänge 40 000, Änderungen 25 000. Zu den üblichen Änderungen sind in diesem Jahre besonders stark Karteiumstellungen, die durch kommunale Neugliederungen notwendig wurden, zentral durchgeführt worden. Neue Kennziffern und Mitgliedsnummern mußten vergeben, neue Listen und Karteikarten für alle Ebenen und neue Mitgliedsausweise gedruckt werden. In diesem Zusammenhang soll ausdrücklich festgestellt werden, daß der einzig gültige Mitgliedsausweis der von der Bundespartei allen Mitgliedern über die Kreisverbände zugestellte Ausweis ist.

Hervorzuheben im Bericht ist auch die Entwicklung eines Programms für Posteinweisungen und Zurückziehungen von Periodika, die Erfassung und Übernahme des auf 35 000 Bezieher angewachsenen UiD-Verteilers, der gleichzeitig als Funktionsträgerdatei verfügbar ist. Kostenlos erhalten den UiD ab Anfang September 1972 folgende Personenkreise:

- Alle Mitglieder des Bundesvorstandes, der Landesvorstände, der Bezirksvorstände, der Kreisvorstände der Partei
- die Mitglieder von Landesfachausschüssen und die Mitglieder von Landesarbeitskreisen
- alle Mitglieder der Bundesvorstände, Landesvorstände und Bezirksvorstände der Vereinigungen
- die Ortsvorsitzenden der Partei und die Kreisvorsitzenden der Vereinigungen
- die der CDU angehörenden Mitglieder des Deutschen Bundestages, der Landtage, der Kreistage bzw. der Stadträte kreisfreier Städte, sowie die Fraktionsvorsitzenden in Amtsvertretungen und Gemeinderäten
- der CDU angehörende Staatssekretäre, Ministerialdirektoren, oberste kommunale Wahlbeamte (Oberkreisdirektoren, Oberstadtdirektoren, Landräte).

Jede Datei behält nur so lange ihren Wert, wie sie auf dem laufenden gehalten wird. Das ist der Bundespartei nur mit fortlaufender Hilfe der Kreisgeschäftsstellen möglich.

Der Arbeitsanfall in der Zentralen Mitgliederkartei und die an die Zentrale Mitgliederkartei zu richtenden Erwartungen haben uns bestimmt, den veralteten Maschinenpark abzustoßen und ab Anfang 1973 mit neuen leistungsfähigeren Maschinen zu arbeiten. Auf dieser Anlage können die zur Zeit laufenden Arbeiten der ZMK schneller und regelmäßiger erledigt werden. Besonders der Druck von Mitgliedsausweisen von Neuaufnahmen und der entsprechenden Klar-

**Zentrale
Mitgliederkartei**

sichtkarteien für Kreisverbände kann beschleunigt werden. Wir können dann auch verstärkt anbieten, zum Materialkostenpreis nach bestimmten Gesichtspunkten sortierte und selektierte Mitgliederadressen auf Etiketten oder Briefumschlägen von uns zu beziehen, so daß die Kreisverbände weitgehend ihre Mitgliederadressen einstellen können.

Nach dem für Posteinweisung und Zurückziehung des UID entwickelten Programm können dann auch der Druck der Einweisungs- und Zurückziehungskarten und die Abwicklung des ganzen Posteinweisungsverfahrens für das Deutsche Monatsblatt erfolgen. Das gilt auch für die Niedersachsen-Zeitung, den Hessenkurier und ggf. für andere Landesverbandspublikationen. Auch Posteinweisungen incl. Fakturierung und Mahnung für die „Entscheidung“ und den „Mittelstandsbrief“ könnten von der Zentralen Mitgliederkartei dann erledigt werden.

Ohne programmatische Schwierigkeiten kann auch mit der eigenen Anlage im Auftrage der Kreisverbände ein zentrales Beitragsinkasso eingeführt werden. Diese Dienstleistung ist von der Organisationskommission einstimmig angeregt worden. Ein solches Verfahren würde natürlich voraussetzen, daß die Kreisverbände, die zum zentralen Beitragsinkasso bereit wären, die von den einzelnen Mitgliedern zu zahlenden Beiträge genau aufgäben; eine entsprechende Datensparte ist bereits bei der derzeitigen Zentralen Mitgliederkartei vorhanden. Mit den Kreisverbänden müßte mindestens vierteljährlich abgerechnet werden. Die Beitragsanteile von Landesverband und Bundespartei könnten dann gleich einbehalten werden. Von Vorteil für die Kreisverbände ist dabei sicher, daß die Kreisverbände, wie in § 18 des Bundesstatuts vorgeschrieben, wirklich die gesamte Kas senführung übernehmen und nicht nur Anteile der Beiträge von den Ortsverbänden erhalten würden.

Inwieweit auch Buchhaltungsarbeiten mit der EDV-Anlage für die Landes- und Kreisverbände erledigt werden können, muß noch genau untersucht werden. Ein solches Angebot werden wir nicht vor Ende 1973 unterbreiten können. Die qualitative und quantitative Verbesserung der Dienstleistungen der Zentralen Mitgliederkartei für die Parteigliederungen beruht einerseits darauf, daß die Kreisverbände die zentrale Kartei über alle Mitglieder laufend exakt unterrichten, verstärkt jedoch andererseits auch das Interesse der Kreisverbände, diese Informationen laufend zu schicken. Das Meldeverfahren – zumindest für Neuaufnahmen – kann durch überarbeitete und modernere Formulare weitgehend vereinfacht werden.

Mitgliederbewegung

Bund Juli 1971 bis August 1972 (14 Monate)

Datum	Mitgliederstand	Zugänge	Abgänge	Zuwachs pro		
				Monat	Quartal	
30. 6. 71	343 697					
31. 7. 71	346 024	4 003	1 676	+ 2 327		
31. 8. 71	346 776	2 636	1 884	+ 752		
30. 9. 71	348 531	4 034	2 279	+ 1 755	+ 4 834	
31. 10. 71	350 437	3 628	1 722	+ 1 906		
30. 11. 71	352 434	4 188	2 191	+ 1 997		
31. 12. 71	355 745	6 283	2 972	+ 3 311	+ 7 214	
31. 1. 72	357 759	6 432	4 418	+ 2 014		
29. 2. 72	363 371	9 613	4 001	+ 5 612		
31. 3. 72	368 726	8 595	3 240	+ 5 355	+ 12 981	
30. 4. 72	372 409	5 406	1 723	+ 3 683		
31. 5. 72	377 752	7 319	1 976	+ 5 343		
30. 6. 72	383 371	10 429	4 810	+ 6 619	+ 14 645	
zus.: in 12 Monaten		72 566	32 892		zus.: + 39 674	
31. 7. 72	387 413	9 537	5 495	+ 4 042	zus.: + 43 716	
31. 8. 72	391 940	7 411	2 884	+ 4 527	zus.: + 48 243	
zus.: in 14 Monaten		89 514	41 271	+ 48 243		

Mitgliederzuwachs bei den Landesverbänden

1. Juli 1971 bis 31. August 1972 (14 Monate)

LV.-Nr.	Landesverband	Mitgl.-stand	Mitgl.-stand	Mitgliederzuwachs	
		am 30. 6. 71	am 31. 8. 72	in Zahlen	pro 100 Mitgl.
01-4	Baden-Württemberg	47 467	53 243	5 776	12,17
0500	Berlin	8 409	8 898	489	5,82
0600	Bremen	1 423	1 998	575	40,41
0700	Hamburg	4 299	6 358	2 059	47,89
0800	Hessen	28 689	35 306	6 617	23,06
0900	Braunschweig	3 699	4 456	757	20,46
1000	Hannover	27 723	36 893	9 170	33,08
1100	Oldenburg	6 193	8 313	2 120	34,23
1200	Rheinland	69 353	77 654	8 301	11,97
1300	Westfalen	62 611	69 851	7 240	11,56
1400	Rheinland-Pfalz	44 471	47 888	3 417	7,68
1500	Saar	18 780	19 315	535	2,84
1600	Schleswig-Holstein	20 580	21 767	1 187	5,77
0000	Bund	343 697	391 940	48 243	14,04

Mitgliederbestand

nach dem Stande vom 31. 8. 1972 in aufsteigenden Zahlen

Landesverbände

0600	Bremen	1 998
0900	Braunschweig	4 456
0700	Hamburg	6 358
1100	Oldenburg	8 313
0500	Berlin	8 898
1500	Saar	19 315
1600	Schleswig-Holstein	21 767
0800	Hessen	35 306
1000	Hannover	36 893
1400	Rheinland-Pfalz	47 888
01-4	Baden-Württemberg	53 243
1300	Westfalen	69 851
1200	Rheinland	77 654
<hr/>		
13	Landesverbände mit	391 940 Mitgliedern
	Zahl der Kreisverbände	357 *
	Durchschnittl. Mitgliederbestand pro Kreisverband	1 097 *

* ohne Ostsektor

Die 10 kleinsten Kreisverbände

0314	Oehringen	115
0319	Vaihingen	125
0316	Schwäbisch Hall	140
1025	Hannoversch-Münden	155
0309	Künzelsau	181
1016	Göttingen-Land	186
0209	Kehl	193
1355	Wittgenstein	194
0405	Freudenstadt	202
0821	Hanau-Stadt	205

Die 10 größten Kreisverbände

1216	Heinsberg	3 582
1507	Saarlouis	3 590
1202	Aachen-Land	3 664
1214	Essen	3 788
1210	Düren	4 033
1239	Rhein-Sieg-Kreis	4 051
1342	Recklinghause-Stadt/Land	4 080
1211	Düsseldorf-Stadt	4 123
1222	Köln-Stadt	4 931
1205	Bonn	5 373

Mitgliederbewegung

30. 9. 1966 bis 31. 8. 1972

Datum	Mitglieder- stand	Differenz zum Vor-		
		-monat	-quartal	-jahr
30. 9. 66	276 027			
30. 9. 67	285 655	—	—	+ 9 628
30. 9. 68	284 771	—	—	- 884
30. 9. 69	296 554	—	—	+ 11 783
30. 9. 70	324 171	—	—	+ 27 617
30. 9. 71	348 531	—	—	+ 24 360
31. 10. 71	350 437	+ 1 906		
30. 11. 71	352 434	+ 1 997		
31. 12. 71	355 745	+ 3 311	+ 7 214	+ 26 506
31. 1. 72	357 759	+ 2 014		
29. 2. 72	363 371	+ 5 612		
31. 3. 72	368 726	+ 5 355	+ 12 981	
30. 4. 72	372 409	+ 3 683		
31. 5. 72	377 752	+ 5 343		
30. 6. 72	383 371	+ 5 619	+ 14 645	
31. 7. 72	387 413	+ 4 042		
31. 8. 72	391 940	+ 4 527		

Anzahl der ausgeschiedenen Mitglieder

1. Juli 1971 bis 31. August 1972

Gründe des Ausscheidens	Abgänge in Zahlen
a) ausgeschieden	
1. verstorben	6 076
2. unbekannt verzogen	3 281
3. Karteibereinigung	1 239
b) ausgetreten	
4. ohne Grundangabe	9 885
5. soziale und persönliche Gründe	1 853
6. politische Gründe	599
c) ausgeschlossen	
7. Beitragsrückstand, -verweigerung	1 743
8. parteischädigendes Verhalten	26
d) überwiesen	
9. an andere Kreisverbände (erscheinen dort im Zu- gang) *	16 569
<hr/>	
ausgeschiedene Mitglieder insgesamt	41 271

* Hierin enthalten sind 11 511 Mitglieder, die infolge der kommunalen Neuordnung einem anderen Kreisverband zugeordnet wurden (kein Wohnortwechsel).

Mitgliederwerbaktionen bei den Landesverbänden

1. Juli 1971 bis 31. 8. 1972 (14 Monate)

L.- Nr.	Landesverband	Mitgliederzuwachs		Mitgliederwerbaktion	
		Zahlen	%	Werbezeit	Werbemittel
01-4	Baden-Württemberg .	5 776	12,17	—	Zentrale Werbung ist erst Mitte September 72 angelaufen.
0500	Berlin	489	5,82	Mai 72	Es wurden Klappkarten in den Straßen und vor Kaufhäusern durch die KV. verteilt.
0600	Bremen	575	40,41	Oktober 71 Juni 72	Plakatträger, Brief des L.Vors. an Bremer Bürger. KV-Konkurrenz.
0700	Hamburg	2 059	47,89	Oktober 71 Januar 72	Persönliche Werbung durch Hausbesuche. KV-Konkurrenz.
0800	Hessen	6 617	23,06	Januar 72 lfd. bis Dezember 72	KV-Wettbewerbsprinzip. Quartalsprämien an die erfolgreichsten Kreisverbände.
0900	Braunschweig . . .	757	20,46	Mai /Juni 71	Landesverbandswerbung mittels Wagenkolonne in den Straßen der Städte und Dörfer Niedersachsens (Straßenwerbung). Besuch von Industriebetrieben. Verteilung von Werbeprospekten. KV-Prämien.
1000	Hannover	9 170	33,08	Mai /Juni 72	
1100	Oldenburg	2 120	34,23		
1200	Rheinland	8 301	11,97	lfd. Werbung	August 72 Verteilung von 30 000 Werbebroschüren. Briefe des L.Vors. an Personen, die von den KV. namhaft gemacht wurden. KV-Initiative.
1300	Westfalen	7 240	11,56	Jan. 72 Juli 72 Juli 72	Aktion pro 1 000 Einwohner 1 Mitglied als Soll der KV. Aktion „Jedes 3. Mitglied eine Frau“. Werbeträger: Frauenvereinigung. Aktion LV. /BGSt. Hoppe. Werbung Bielefeld. Alle Aktionen in KV-Konkurrenz.
1400	Rheinland-Pfalz . . .	3 417	7,68	April 71 Presse	Dank L.Vors. nach Wahlsieg an die Bevölkerung mit Mitgliedswerbung (Presse).
1500	Saar	535	2,84	—	Keine zentrale Werbung. Empfehlung des Landesausschusses an die KV.
1600	Schleswig-Holstein . .	1 187	5,77	März 72	Schreiben des L.Vors. über die KV. an CDU-freundliche Einwohner.

Service der Zentralen Mitgliederkartei

1. Juli 1971 bis 31. August 1972 (14 Monate)

Karteiführung

Die Zentrale Mitgliederkartei hält z. Z. folgende Mitgliederkarteien auf dem neuesten Stand:

Bezeichnung	Kartenart	Zahl der Karteikarten
ZMK	Lochkarten	969 000
Verlag	Posteinweisungs-, Zurückziehungs- u. Kontrollkarten	775 000
Niedersachsenzeitung	Posteinweisungs-, Zurückziehungs- u. Kontrollkarten	79 600
Junge Union	Lochkarten Klarsichtkarten	120 000
7 Landesverbände und 4 Bez.-Verb. Baden-Württ.	Klarsichtkarten	225 000
360 Kreisverbände und 132 Ortsverbände	Klarsichtkarten	510 000
6 Bezirksverbände im LV. Hannover	Klarsichtkarten	36 000
UiD	Posteinweisungskarten u. Lochkarten	70 000
Ausweise		79 000
insgesamt:		2 863 600

Aufträge

Anschriften für alle Verbände auf

Etiketten oder Listen insgesamt: 11 197 933



